

## Stellungnahme der UGÖD zum ‚wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort‘ im Verfassungsrang

### Wettbewerbsvorteile für Unternehmer und Banken sind kein demokratisches Staatsziel!

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst lehnen daher die Verankerung des „wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandortes“ als Staatsziel im Verfassungsrang entschieden ab.

### Folgenabschätzung unrealistisch

Dass der Staat eine „Handlungs- und Gewährleistungspflicht für die Sicherstellung der Erwerbs- und Unternehmensfähigkeit“ habe, macht die in der Erläuterung zur Verfassungsänderung abgegebene **Folgenabschätzung** („keine finanziellen Auswirkungen“) **unrealistisch**, wie die schwere Finanzmarktkrise von 2008 mit ihren bis heute belastenden globalen Auswirkungen belegt.

### Wirtschaftliche Grundrechte sind in Österreich bereits gut abgesichert...

und die EU-Kommission unterstützt ohnehin ihre weitere Stärkung. Österreich gilt seit vielen Jahren als eines der reichsten Länder Europas und bietet circa 900.000 Selbstständigen durch seine zentrale Lage in Europa **großartige Standortvorteile und großzügige Steuervorteile**.

(Quelle: Der Wirtschaftsstandort Österreich und seine Vorteile, bmwfw.gv.at, 2015)

### ... dennoch steigt die Zahl der 'Working Poor'

Bei einer Gesamtbevölkerung von annähernd 9 Millionen sind etwa 10% UnternehmerInnen, davon über 60% Ein-Personen-Unternehmen und von diesen 51,2% Frauen im Dienstleistungsbereich, von denen **viele mit niedrigen Einkommen und prekärer Beschäftigung konfrontiert** sind.

(Quelle: Factsheet EPU, WKÖ 2016)

(bitte umblättern)

Wir helfen dir.

## **UGÖD:** **Ausbau sozialer Grundrechte als Staatsziel**

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst sehen daher den **Ausbau sozialer Grundrechte zum Schutz aller BürgerInnen Österreichs als weitaus dringlicheres Staatsziel** an.

Damit soziale Grundrechte und wirtschaftliche Freiheit im gleichen Rang zueinander stehen können, ist ein weiterer **Ausbau der österreichischen Sozialpartnerschaft erforderlich:**

- ✓ Für die innovative **Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials** und zeitgemäße **Bildungs- und Frauenförderung**
- ✓ Für die **aktive Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut**
- ✓ Für die Aufrechterhaltung eines **sozialen Dialoges**

## **Zu den Aufgaben der Bundesregierung gehört:**

- ✓ Die Gewährleistung eines **fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs**
- ✓ Der **Schutz gegen Sozial- und Lohndumping**
- ✓ Der Ausbau der **Mitbestimmungsrechte von ArbeitnehmerInnen**

wie es die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der ArbeitnehmerInnen von 1989 vorsieht.

## **Staatsziel:** **Entweder Wirtschafts- ODER Umweltschutz**

Die Einführung des „wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandortes“ im Verfassungsrang konkurrenziert den bereits gewährten „umfassenden Umweltschutz“ und sticht ihn damit aus.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst fordern eine **Stärkung ökologischer Interessen** zum nachhaltigen Schutz der gesamten österreichischen Bevölkerung und zur Erreichung der international vereinbarten Ziele von Umwelt- und Klimaschutz.

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner  
Vorsitzende der Unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst